Landkreis **Vorpommern-Rügen**
Die Kreistagspräsidentin

Niederschrift über
die 15. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 13.03.2017

Sitzungsraum: Fachhochschule Stralsund "Audimax", Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 – 19:33 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Herr Dirk Arendt
Herr Horst Badendieck
Frau Ute Bartel
Herr Steffen Bartsch-Brüdgam
Herr Mario Bauch
Herr Alexander Benkert
Herr Ralf Borschke
Frau Karin Breitenfeldt
Frau Wenke Brüdgam
Herr Eike Bunge
Dr. Heike Carstensen
Herr Ingolf Dinse
Herr Ingulf Donig
Herr Helge Eggersmann
Frau Mechthild Gibbels
Herr Christian Griwahn
Herr Maik Hofmann
Herr Dr. Stefan Kerth
Herr Holger Kliewe
Herr Peter Knorr
Herr Hans-Dieter Konkol
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Andreas Kuhn
Herr Ernst-August Lange
Herr Hendrik Lastovka
Frau Christiane Latendorf
Frau Gisela Lemke
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Frau Kathrin Meyer
Herr Wolfgang Meyer
Herr Olaf Micheel
Herr Dr. Manfred Möller
Frau Claudia Müller
Frau Kerstin Nilson
Herr Udo Peters
Herr Michael Philippen
Herr Rüdiger Preß
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Frau Andrea Saatmann
Herr Gerd Scharmberg
Frau Bärbel Schilling
Herr Michael Schmidt
Herr Norbert Schöler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Andreas Teller
Herr Christian Thiede
Herr Norbert Thomas
Frau Heike Völschow
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Frau Karin Wodrich
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow

Von der Verwaltung

Herr Landrat Ralf Drescher	
Herr Manfred Gerth	FBL 2 und 2. stellv. Landrat
Herr Frank-Peter Lender	FBL 3
Frau Katrin Schmuhl	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Olaf Manzke	Pressesprecher
Frau Ricarda Rumpel	FDL 01
Herr Wolfgang Hirtschulz	FDL 03
Frau Dietlinde Rzepzczak	FDL 12
Frau Dörte Heinrich	FDL 22
Frau Natascha Kaczmarek	SB Jugend gestaltet Zukunft
Frau Katharina Lewien	SB Verwaltung, FD 22
Herr Torsten Ewert	Stellv. und Technischer Leiter EB Abfallwirtschaft
Herr Jakob Meyer	Azubi

Es fehlen:

Kreistagsmitglieder

Herr Norbert Benedict	entschuldigt
Herr Ernst Branse	entschuldigt
Herr Harry Glawe	entschuldigt
Herr Holger Henze	
Herr Dieter Holtz	entschuldigt
Herr Frank Ilchmann	entschuldigt
Herr Helmut Krüger	entschuldigt
Herr Benno Rüster	
Herr Axel Thiede	entschuldigt
Frau Susann Wippermann	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Präsentation der Ergebnisse des Bundesprojektes "Jugend gestaltet Zukunft"
5. Genehmigung der Niederschrift vom 19. Dezember 2016
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Nach- und Umbesetzungen von Gremien und Ausschüssen

8.1. Nachbesetzung eines Mitgliedes im Präsidium aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Friedhelm Wagner

8.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Kreisausschuss für Herrn Norbert Thomas

8.3. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Stefan Bauschke im Ausschuss für Soziales und Gesundheit

8.4.	Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Rüdiger Preß im Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Friedhelm Wagner	
8.5.	Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Frank Hunger im Jugendhilfeausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Frau Kathrin Kohs	
8.6.	Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp im Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Wilfried Fischer	
8.7.	Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Helge Eggersmann im Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss	
8.8.	Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Jochen Kwast im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz	
9.	Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche aus der Bundeswasserstraße Ostsee: hier Stadt Sassnitz – südlicher Teil des Fährhafens Mukran	BV/2/0334
10.	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 22. Dezember 2016 zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016 für Schullastenausgleich	BV/2/0320
11.	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 30. Januar 2017 zur Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2017 für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung	BV/2/0333
12.	Annahme von Sachspenden des Schülerfördervereins der Sonnenblumenschule e.V.	BV/2/0332
13.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Kita-Gebühren"	A/2/0077
14.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Eindämmung der Ausnahmetatbestände zur Verbrennung von pflanzlichen Abfällen"	A/2/0078
15.	Mitteilungen	

- Nichtöffentlicher Teil -

16.	Tätigkeitsbericht der Ehrenkommission	

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kreistagspräsidentin Köster eröffnet die 15. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder anwesend sind. Damit stellt Frau Kreistagspräsidentin Köster die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren teilt Frau Kreistagspräsidentin Köster mit, dass Herr Friedhelm Wagner

sein Mandat niedergelegt habe und Herr Peter Knorr nachgerückt sei. Sie bittet Herrn Knorr zu sich und verpflichtet ihn per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Abschließend gratuliert Frau Kreistagspräsidentin Köster den Kreistagsmitgliedern, die seit der vergangenen Sitzung Geburtstag hatten.

2. Einwohnerfragestunde

Anfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Latendorf begründet die Einbringung des Dringlichkeitsantrages. Der Kreistag möge einen zeitweiligen Ausschuss bilden, um das Gutachten des Innenministeriums zur Gestaltung des FAG ab 2018 zu behandeln, zu analysieren und mögliche Reaktionen des Landkreises zu erarbeiten. Weiter erklärt Frau Latendorf, dass dieses Gutachten alles andere als leichte Kost sei und mit seinen 394 Seiten und etlichen Querverweisen kaum vom Haushalts- und Finanzausschuss neben seinen regulären Aufgaben zu behandeln sei. Dieser zeitweilige Ausschuss sollte möglichst bis zum Juli-Kreistag bestehen und dort seine Schlussfolgerung hierzu bekanntgeben.

Herr Dr. Zabel entgegnet, dass die CDU-Fraktion zwar die Dringlichkeit sehe, jedoch sei der Haushalts- und Finanzausschuss mit seinen Haushaltsberatungen durch und vor dem Hintergrund hätte dieser Zeit, sich dem Thema zu widmen. Daher werde die CDU-Fraktion den eingebrachten Antrag ablehnen.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass er im Bericht hierzu noch genauer eingehen werde. Er selbst habe einen anderen Lösungsvorschlag. Hinsichtlich des Gutachtens könne derzeit nur das bewertet werden, was bereits bewertet sei. Seitens des Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages gebe es umfassende Stellungnahmen. Er halte es für sinnvoll, dass die Bürgermeister, die Landtagsabgeordneten sowie die Fraktionsvorsitzenden und Städte- und Gemeindetag und Landkreistag eingeladen werden. Die Einladungen für den 26. April 2017 werden hierzu gerade vorbereitet. Ob ein Ausschuss mit Ergebnissen im Sommer dies besser bewältigen könne bezweifle er. Die Dringlichkeit sehe er nicht, da im Moment nichts vorliege.

Frau Latendorf äußert, dass sie den Antrag zurückziehen werde.

Weiterer Anmerkungen zur vorliegenden Tagesordnung gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Der Kreistag bestätigt einstimmig die Tagesordnung der 15. Sitzung des Kreistages.

4. Präsentation der Ergebnisse des Bundesprojektes "Jugend gestaltet Zukunft"

Frau Kreistagspräsidentin Köster erklärt, dass das Bundesprojekt auch durch die Kreisverwaltung begleitet worden. Demnächst soll dieses auch in Berlin vorgestellt werden.

Herr Prof. Stange stellt das Bundesprojekt ausführlich dar und bedankt sich zunächst bei den vielen Jugendlichen, da bis zum Ende des Projektes keiner abgesprungen sei. Auch an die Verwaltung richtet sich sein Dank. Des Weiteren habe das Projekt durch die Struktur mit den Sozialarbeitern große Unterstützung gefunden. Zum Projekt führt er aus, dass die Bundesregierung seit einiger Zeit eine sehr komplexe Demokratiestrategie betreibe. In allen Ministerien seien hier Arbeitsgruppen gebildet worden, insgesamt 14. Die Arbeitsgruppen hätten viele Lösungsvorschläge zum demografischen Wandel erarbeitet. An der Zahl seien 800 Lösungsvorschläge gesammelt worden. Diese seien noch mal komprimiert auf 160 Vorschläge. Aus diesen seien zehn Vorschläge seitens der Jugendlichen ausgewählt worden, welche sie dann aufbereitet hätten. Weiter geht Herr Prof. Stange auf das Onlineverfahren ein, eine Kombination aus Online und Offline. Weiter sagt Herr Prof. Stange, dass insgesamt 13 anspruchsvolle Themen mit den Jugendlichen besprochen worden seien, u. a. Wirtschaft, Ausbildung, Familie oder Bildung. Zu allen Themen hätten die Jugendlichen kompetente Lösungen entworfen. Abschließend stellt Herr Prof. Stange die zehn Projekte vor.

Weiterhin stellt eine Gruppe Jugendlicher das Projekt „Mehr Studienmöglichkeiten im Landkreis schaffen“ vor.

Abschließend erklärt ein Jugendlicher, dass viele Ideen ausgearbeitet worden seien und diese zu einer Brücke zusammengebaut worden sei. Er übergibt diese symbolisch an Herrn Landrat Drescher

Frau Kreistagspräsidentin Köster bedankt sich bei den Jugendlichen und hofft sehr, dass dies in irgendeiner Form auch weitergehe, da dies unter anderem auch dazu beitrage, dass der Landkreis zusammenwachse.

Herr Landrat Drescher ergänzt, dass unter den Jugendlichen viele verschiedene Talente stecken würden. Er sei sehr von dem Enthusiasmus und dem Tiefgang begeistert gewesen. Zudem bedankt sich Herr Landrat Drescher bei Frau Heinrich und Frau Schröter und den Kollegen.

5. Genehmigung der Niederschrift vom 19. Dezember 2016

Frau Kreistagspräsidentin Köster informiert, dass zur Niederschrift vom 19. Dezember 2016 eine Änderung von Herrn Meyer, Kreistagsfraktion DIE LINKE vorliege. Herr Meyer habe auf der Kreistagssitzung im Dezember einen Änderungsantrag gestellt, welcher sich in der vorliegenden Niederschrift nicht im Wortlaut wiederfinde.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung darüber, ob der Kreistag diese Beanstandung unterstütze. Sodann werde ein Auszug zu diesem Änderungsantrag mit dem genauen Wortlaut gefertigt werden. Das Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag sei allerdings in der Niederschrift mit aufgeführt worden.

Der Kreistag gibt der Beanstandung von Herrn Meyer mehrheitlich statt.
Der Protokollauszug werde als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet nun um Abstimmung über die Niederschrift.

Der Kreistag genehmigt einstimmig die Niederschrift vom 19. Dezember 2016.

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Drescher informiert zunächst zum Thema **Breitband**, dass der Landkreis inzwischen acht Projekte in der Ausschreibung habe. Über die Inhalte könne er im Ausschreibungsverfahren nicht reden, jedoch könne er soviel sagen, dass es für jedes der acht Projektgebiete vier Anbieter gebe. Des Weiteren werde es eine Vorstellung geben, dazu seien die Projektbeauftragten aus den Gemeinden eingeladen. Dies werde juristisch und fachlich begleitet und in den nächsten Wochen stattfinden. Darauf schließe sich ein Verhandlungsprozedere an und dann werde es zur Zuschlagerteilungen kommen. Möglicherweise müsse hierzu noch ein Sonderkreistag einberufen werden, sodass bei der Auftragserteilung keine Zeit verloren werde. Bezüglich der Antragsstellung Süderholz/Grimmen erklärt Herr Landrat Drescher, dass der dritte Call inzwischen geschlossen sei. Es seien rechtzeitig Anträge gestellt worden. In diesem Monat werde mit einem Ergebnis gerechnet, sodass man dann auch die Fördermittel für dieses Gebiet erhalte.
Ferner berichtet Herr Landrat Drescher über den aktuellen Stand zum Thema **Geflügelpest**. Seit 11. November 2016 gebe es das Seuchengeschehen um den Erreger H5N8. Der Landkreis habe unverzüglich gehandelt und Hinweise an die Tierhalter gegeben. Seit dem 11. November 2016 seien 22 Tierseuchenverfügungen sowie 12 Allgemeinverfügungen zur Aufhebung von Tierseuchenverfügungen erlassen worden. Als Landkreis im Land sei man der meistbetroffene Kreis. Minister Backhaus habe vergangene Woche die Lockerung der Stallpflicht angekündigt. Für den kommenden Donnerstag seien alle Landräte und Tierärzte durch den Minister eingeladen worden. Im Landkreis werde eine Entscheidung vorbereitet, welche auch fachgerecht begründet werde und möglicherweise auch von den Intensionen des Landes abweichen könnte. Die Risikofakten würden ganz genau bewertet werden und auch die gegenwärtig herrschenden Bedingungen würden mit einbezogen werden. Des Weiteren würden die auftretenden Fälle und deren bisherige Restriktionen einbezogen werden. Nach der Lockerung der Stallpflicht drohe das Land inzwischen den Landkreisen mit Regress, für den Fall, dass in einem freigegebenen Gebiet ein Fall von H5N8 auftrete. Dies sei aus seiner Sicht ziemlich paradox, da dies niemand vorhersehen könne.
Des Weiteren informiert Herr Landrat Drescher über den **Anlauf des Haushaltsjahres 2017**. Im Dezember sei der Haushalt beim Land eingereicht, dieser sei noch nicht genehmigt. In der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung könne der Landkreis noch viele Dinge tun. In Einzelfällen treffe er auch Einzelentscheidungen, um Geld freizumachen für dringliche Sachen. Man gehe bereits jetzt schon konstruktiv mit den Erkenntnissen aus dem vergangenen Jahr um. Aufgefallen sei wieder, dass im Bereich des Fachdienstes Jugend enorme Abweichungen herrschten. Dort seien etliche Maßnahmen eingeleitet worden. Unter anderem seien alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ultimativ aufgefordert worden, das Programm LämmKomm zu nutzen, sodass man nun einen tagfertigen Überblick über die ausgelösten Abrechnungen habe. Inzwischen würden auch die Träger gezwungen werden, dass eine monatliche Abrechnung erfolge, sodass ein weiterer Stau verhindert werde.
Des Weiteren informiert Herr Landrat Drescher über eine geplante Umstrukturierung im Fachdienst Jugend. Dieser solle in zwei Fachdienste aufgeteilt werden, da die Leitungsspanne dort sehr groß sei. In der Verwaltung sei darüber bereits gesprochen worden. Es werde ein Vorschlag erarbeitet mit Zielsetzung zum 1. Januar 2018. Dies werde dem Kreistag ggf. noch vor der Sommerpause vorgeschlagen werden. Dies seien eingeleitete Maßnahmen, um beim Haushalt voranzukommen.
Weiter sagt Herr Landrat Drescher, dass man sich den Haushaltsausgleich durch Sparmaßnahmen erkauft habe.
Zum Thema **FAG** erklärt Herr Landrat Drescher, dass das Gutachten von Prof. Lenk allen vorliege und es von jedermann eingesehen werden könne. Die Umsetzung wür-

de insofern drängen, dass eine Position erarbeitet werden müsse, mit der man gegenüber dem Land argumentieren könne. Die Idee sei, eine Konferenz mit allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bürgermeistern, LVB sowie Vertretern des Landkreistages und des Städte- und Gemeindetages sowie der Kreistagspräsidentin, den Fraktionsvorsitzenden sowie mit dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses vorzubereiten. Herr Landrat Drescher möchte noch mal daran erinnern, dass der Landkreis in letzter Zeit keine bzw. geringe Investitionen gemacht habe. Das Herausschieben von Investitionen sei dabei nicht umfassend berücksichtigt. Ein Ziel müsse aus seiner Sicht auch sein, dass es einen Anreiz zum Sparen geben müsse. Abschließend sagt Herr Landrat Drescher, dass der Termin der 26. April 2017 sei und bittet darum, sich diesen möglichst freizuhalten.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Schmidt informiert, dass am Wochenende in der Presse zu lesen gewesen sei, dass 35 große Baustellen geplant seien, welche riesige Staus mit sich bringen würden. Auch die Strecke zwischen Prerow und Zingst solle für einen Monat gesperrt werden. Gerade die L21 sei jedoch sozusagen die Hauptschlagader, auch für den Schülerverkehr. Lapidar sei auf den Umweg von knappen 100 km über Ribnitz-Damgarten verwiesen.
Herr Schmidt erklärt, dass er oft beobachtet habe, dass Straßensanierungen anderenorts auch teilweise halbseitig durchgeführt würden. Er fragt, ob es hier Möglichkeiten gebe, die Sperrung auf der L21 so kurz wie möglich gehalten wird.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass die Angelegenheit bereits angesprochen worden sei. Es gebe jedoch Unfallverhütungsvorschriften, die dazu führen würden, dass man fast nur noch mit Vollsperrungen arbeiten könne. Selbstverständlich würde es hier jedoch eine Anfrage beim Straßenbauamt geben.

Herr Bauch informiert darüber, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion mit dem durch den Landkreis Vorpommern-Greifswald entwickelten Programm SoJUS beschäftigt habe. Da die Fraktion die Einführung auch im Landkreis Vorpommern-Rügen befürworte, fragt er, ob es möglich sei, das Programm im Kreistag vorzustellen, so dass es anschließend in den Fachausschüssen Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Soziales und Gesundheit diskutiert und beraten werden kann.
Des Weiteren fragt Herr Bauch, weshalb von der Verwaltung stattdessen das Datenbankprogramm LÄMMkomm favorisiert werde, und bittet hier in den Ausschüssen um eine konkrete Gegenüberstellung beider Programme.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass die Verwaltung das Programm bereits kenne. Es sei Aufgabe des Landrates, die Verwaltung zu organisieren. Das betreffe sowohl die innere Organisation von nicht grundsätzlicher Bedeutung wie auch das Kaufen von Bleistiften und Software.
Herr Landrat Drescher informiert, dass das Programm aus Sicht des Landkreises Vorpommern-Rügen noch Mängel aufweise. Des Weiteren verfolge die Verwaltung eine andere Strategie. So werde derzeit eine Ausschreibung für ein neues Programm sowie das dazugehörige Pflichtenheft vorbereitet. Vorgesehen sei, dass die neue Software die Leistungen, die SoJus bietet, beinhalte, damit Doppelarbeit für die Beschäftigten ausgeschlossen werde.
Herr Landrat Drescher bittet darum, dass der Kreistag der Verwaltung ermögliche, ihre Arbeit zu erledigen. Er sagt zu, über den Fortgang zu berichten.

Herr Dr. Weiß berichtet, dass bereits zu hören gewesen sei, dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald beabsichtige, die Abstandsflächen zwischen Windparks auf fünf

Kilometer zu verdoppeln. Er fragt, ob sich dadurch erhebliche Veränderungen für den Landkreis ergeben könnten. Auch fragt er, wie sich das Vorhaben des Regionalen Planungsverbandes zum 3. Beteiligungsverfahren dadurch modifizieren könne.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass ihm noch keine abschließende Entscheidung vorliege. Die Verwaltung des Nachbarkreises halte eine Vergrößerung jedenfalls für erforderlich. Wahrscheinlich auch daher, dass es in Vorpommern-Rügen weniger Windeignungsgebiete gebe. Auch die Diskussion in der Bevölkerung, welche dahin gehe, dass man zwar direkt von Anlagen betroffen sei, jedoch nichts davon habe, trage zu den Überlegungen bei.
Auch mit größeren Abstandsflächen werde Vorpommern-Greifswald mehr Windeignungsgebiete aufweisen. Sodann sei es gesetzlich geregelt und auch bereits durch Urteile belegt, dass substanzieller Raum eingerichtet werden müsse. Man könne nicht beliebig nach unten einschränken und die Kriterien so weit fassen, dass keine weiteren Windeignungsgebiete mehr möglich wären. Außerdem gebe es derzeit keine, da die Regelungen im Raumordnungsprogramm aufgrund des Intervenierens der Landesregierung durch ein Gericht gekippt worden sei.
Herr Landrat Drescher weist darauf hin, dass derzeit lediglich 0,8 % der Flächen als substanzieller Raum gelten würden. So sei man bereits bei der Grenze dessen, was hinterher kippbar sei.
Abschließend erklärt Herr Landrat Drescher, dass das Verfahren in 2013 begonnen worden sei. Der Versuch, nun Abstandsflächen zu vergrößern, könne dazu führen, dass vollkommen von neuem begonnen werden müsse. Dann wäre zunächst Tür und Tor geöffnet, für Sondergenehmigungen für Windenergie. Damit könnten die Gegner der Windenergie das Gegenteil von dem erreichen, was sie sich vorgenommen hätten, da dann sogar mehr Anlagen entstehen könnten. Insofern sehe er das Vorgehen des Nachbarkreises skeptisch. Es müsse abgewartet werden, wie der Kreistag entscheide und wie dann die Verbandsversammlung des Planungsverbandes mit einem solchen Antrag umgehe.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

8. Nach- und Umbesetzungen von Gremien und Ausschüssen

8.1. Nachbesetzung eines Mitgliedes im Präsidium aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Friedhelm Wagner

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass hierzu zwei Vorschläge vorlägen, zum einen Frau Karin Wodrich und zum anderen Herr Rüdiger Preß.

Sie bittet zunächst um Abstimmung über den Vorschlag Rüdiger Preß.

Der Kreistag lehnt den Vorschlag mehrheitlich ab.

Weiterhin bittet Frau Kreistagspräsidentin Köster um Abstimmung über den Vorschlag Karin Wodrich.

Beschluss: KT 264-15/2017

Der Kreistag wählt Frau Karin Wodrich als Mitglied ins Präsidium aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Friedhelm Wagner.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

8.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Kreisausschuss für Herrn Norbert Thomas

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 265-17/2017

Der Kreistag wählt Herrn Axel Thiede als stellvertretendes Mitglied für Herrn Norbert Thomas in den Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.3. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Stefan Bauschke im Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 266-17/2017

Der Kreistag wählt Frau Heike Zeh als stellvertretendes Mitglied für Herrn Stefan Bauschke in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.4. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Rüdiger Preß im Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Friedhelm Wagner

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 267-17/2017

Der Kreistag wählt Herrn Ralf Borschke als stellvertretendes Mitglied für Herrn Rüdiger Preß in den Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Friedhelm Wagner.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

8.5. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Frank Hunger im Jugendhilfeausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Frau Kathrin Kohs

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 268-17/2017

Der Kreistag wählt Herrn Burkhard Päschke als stellvertretendes Mitglied für Herrn Frank Hunger in den Jugendhilfeausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Frau Kathrin Kohs.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.6. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp im Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Wilfried Fischer

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 269-17/2017

Der Kreistag wählt Herrn Dirk Niehaus als stellvertretendes Mitglied für Herrn Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp in den Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Wilfried Fischer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.7. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Helge Eggersmann im Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 270-17/2017

Der Kreistag wählt Herrn Sebastian van Schie als stellvertretendes Mitglied für Herrn Helge Eggersmann in den Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

8.8. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für Herrn Jochen Kwast im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 271-17/2017

Der Kreistag wählt Herrn Friedrich Smyra als stellvertretendes Mitglied für Herrn Jochen Kwast in den Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

9. Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche aus der Bundeswasserstraße Ostsee: hier Stadt Sassnitz – südlicher Teil des Fährhafens Mukran Vorlage: BV/2/0334

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 259-15/2017

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Antrag der Stadt Sassnitz auf Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche aus der Bundeswasserstraße Ostsee: hier - südlicher Teil des Fährhafens Mukran - zu. Der maßstabsgerechte Lageplan vom 15. Oktober 2015 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

10. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 22. Dezember 2016 zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016 für Schullastenausgleich Vorlage: BV/2/0320

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 260-15/2017

Der Kreistag Vorpommern-Rügen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 22. Dezember 2016 zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016 für Schullastenausgleich in Höhe von 428.695,00 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den in der Anlage zur Beschlussvorlage (Dringlichkeitsentscheidung) aufgeführten Produktsachkonten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

11. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 30. Januar 2017 zur Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2017 für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung Vorlage: BV/2/0333

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 261-15/2017

Der Kreistag Vorpommern-Rügen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 30. Januar 2017 zur Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2017 für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung i. H. v. 885.082 EUR sowie die Umverteilung von 76.700 EUR.

Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen/Mehreinzahlungen des Landes – Produktsachkonto 3610000.4144200/6144200
Die Umverteilung erfolgt aus dem Produktsachkonto 3610000.5552000/7552000 – Übernahme von Elternbeiträgen gem. § 90 SGB VIII.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

12. Annahme von Sachspenden des Schulfördervereins der Sonnenblumenschule e.V - Vorlage: BV/2/0332

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 262-15/2017

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Annahme von Sachspenden entsprechend der Anlage, getätigt durch den Schulförderverein der Sonnenblumenschule e.V.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

13. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Kita-Gebühren" Vorlage: A/2/0077

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass den Kreistagsmitgliedern zum vorliegenden Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE ein Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion sowie ein Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vorliege.

Frau Latendorf begründet die Einbringung des Antrages und erklärt, dass die steigenden Ausgaben im Kitabereich durch notwendige höhere Monatsbeiträge bei Eltern, Städten und Gemeinden, aber auch beim Landkreis zu erheblichen Belastungen führen würden. In mehreren kreisangehörigen Kommunen habe dies bereits zu Reaktionen der Bürgermeister und Vertretungen in Richtung Landrat geführt, in denen eine gerechtere Verteilung der Lasten zwischen Land, Kommunen und natürlich Eltern gefordert werde. Der Kreistagsbeschluss als Votum des höchsten Organs des Landkreises solle den Landrat bei seinen Bemühungen gegenüber dem Land M-V und im Rahmen des Landkreistages um eine gerechtere Lösung politisch unterstützen. Das Ziel des SPD-Antrages auf langfristige Gebührenfreiheit unterstütze die Fraktion. Mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion könne Frau Latendorf teilweise mitgehen. Wenn die Deckelung des Landesanteils auch in diesem Antrag gefordert wäre, käme er dem Antrag der Fraktion DIE LINKE entgegen.

Herr Kuhn erklärt, dass der vorliegende Änderungsantrag der CDU-Fraktion die Finanzierungsmöglichkeiten zum Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE konkret aufdecke und beschreibe, wie es zu einer Lösung des Problems kommen könne. Insbesondere lägen der CDU-Fraktion die Eltern am Herzen, welche letztlich von aller Förderung ausgeschlossen seien und alles aus eigener Tasche bezahlen müssten. Dies seien genau die, die eine sehr breite Bevölkerungsschicht darstellen würden. Mit diesem Änderungsantrag werde versucht, diese konkret zu unterstützen. Er bittet um Aufnahme des Änderungsantrages als Willensbekundung und Finanzierungsvorschlag für die Landesregierung.

Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion:
„Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung auf, die Finanzierung der Kindertagesstätten und –tagespflege zu verbessern und für die Eltern und Kommunen kostengünstiger bis kostenfrei zu gestalten.

Dazu gehört:

1. von belegplatzorientierter Landesfinanzierung auf reine platzorientierte Landesfinanzierung umzustellen

2. zusätzliche Finanzierungsmittel (z. B. Fachkraft/Kind–Relation; Fach- und Praxisberatung, Fortbildung) in die Grundfinanzierung einzupreisen und
3. Erhöhung des Finanzierungsanteils der Länder“.

Herr Dr. Kerth begründet die Einbringung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und erklärt, dass die Kitabeträge keineswegs fixiert seien, sondern es eine Dynamisierung gebe. Mit dem Antrag solle die Entlastung über das FAG-Paket erreicht werden, sodass die Kommunen sowie das Land angemessen belastet und die Eltern angemessen entlastet werden würden. Er bittet um Zustimmung.

Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert den Landrat auf,

im Zuge der Verhandlungen zum neuen Finanzausgleichsgesetz auf die Landesregierung dahingehend einzuwirken, eine geeignete Lösung zu finden, um die Kommunen bei der Finanzierung ihres Eigenanteils für die Kindertagesbetreuung nachhaltig zu entlasten.“

Herr Arendt erinnert an einen seiner Anträge aus dem Jahr 2016, welcher vom Inhalt gleich gewesen sei, jedoch abgelehnt worden sei. Die SPD-Fraktion habe damals geäußert, dass sie mit der Landesregierung dabei sei, dies in die Wege zu führen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt habe sich diesbezüglich nichts getan. Weiter stellt Herr Arendt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion und beantragt die Streichung des Wortes „kostengünstiger“.

Frau Müller erklärt, dass sie den Wortlaut sehr interessant finde, den die drei Kreistagsfraktionen gewählt hätten. Sie sagt, dass der Antrag der CDU-Fraktion der weitestgehende Antrag sei, da dieser konkret sage, wo das Geld herkommen solle. Die Fraktion GRÜNE unterstütze das Anliegen der drei Fraktionen sehr und hoffe auf eine Zustimmung des weitestgehenden Antrages.

Herr Bauch erklärt, dass er dem Antrag der CDU-Fraktion nicht folgen könne, insbesondere im Hinblick auf den Punkt 1 des Antrages. Er fragt, wie dies festgelegt werden solle bzw. praktisch passieren solle.

Herr Kuhn entgegnet, dass die Kitas mit einer Platzkapazität beantragt werden würden und durch den Landkreis genehmigt. Die genauen Kitaplätze seien daher bekannt. Sofern mehr Kitaplätze gewollt seien, müsse dies beantragt werden.

Frau Latendorf schlägt vor, dass sich die Fraktionen kurz in einer Auszeit zusammensetzen und über einen Gesamtantrag nachdenken sollten.
Frau Kreistagspräsidentin Köster erklärt, dass sofern sich eine Mehrheit finden sollte, dann über den Gesamtantrag abgestimmt werden könne.

Frau Kreistagspräsidentin Köster genehmigt eine Auszeit.

Frau Kreistagspräsidentin Köster beendet die Auszeit und verkündet, dass sich die Fraktionen zu einem gemeinsamen Antrag verständigt hätten.

Herr Kuhn erklärt, dass sich die Fraktionen dahingehend geeinigt hätten, dass der Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion um den Satz „Die Deckelung der Landesmittel ist aufzugeben.“ ergänzt werde.

Frau Latendorf freut sich über die schnelle Einigung.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet zunächst um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Arendt.

Der Kreistag lehnt den Änderungsantrag mehrheitlich ab.

Weiter bittet Frau Kreistagspräsidentin Köster um Abstimmung über den Gesamtantrag.

Der Kreistag stimmt dem Gesamtantrag einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag appelliert an die Landesebene, bei der Regelung zur Aufteilung der Kitagebühren zwischen Land, Kommunen und Eltern eine neue Lösung zu finden. Die Deckelung des Landesanteils an der Gesamtfinanzierung muss aufgehoben werden.

Beschluss: KT 263-15/2017

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung auf, die Finanzierung der Kindertagesstätten und –tagespflege zu verbessern und für die Eltern und Kommunen kostengünstiger bis kostenfrei zu gestalten. Die Deckelung der Landesmittel ist aufzugeben.

Dazu gehört:

4. von belegplatzorientierter Landesfinanzierung auf reine platzorientierte Landesfinanzierung umzustellen
5. zusätzliche Finanzierungsmittel (z. B. Fachkraft/Kind-Relation; Fach- und Praxisberatung, Fortbildung) in die Grundfinanzierung einzupreisen und

Erhöhung des Finanzierungsanteils der Länder.

14. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Eindämmung der Ausnahmetatbestände zur Verbrennung von pflanzlichen Abfällen" Vorlage: A/2/0078

Frau Müller begründet die Einbringung des Antrages. Weiter sagt sie, dass es in der Hansestadt Rostock beispielsweise die Möglichkeit gebe, sich zweimal im Jahr kostenfrei einen zusätzlichen Container zu bestellen, um entsprechend Grünschnitt und andere Gartenabfälle entsorgen zu lassen. Ferner führt Frau Müller aus, dass die Laubfeuer eine extreme Belastung der Luft darstelle. Die Stadt Stuttgart habe ausgerechnet, dass ein solches Gartenfeuer, welches sechs Stunden brennt, genauso viel Ruß und Feinstaubpartikel verursache wie 250 Busse am Tag. Hier sollten Möglichkeiten geschaffen werden, um die Belastungen der Luft so gering wie möglich zu halten und andere Möglichkeiten der Entsorgung des Laubs und des Grünschnitts zu bieten. Das Brauchtumsfeuer sei hiervon nicht betroffen.

Herr Arendt beantragt die Änderung des Antrages dahingehend, dass der Landrat aufgefordert werde, das Brennverbot für pflanzliche Abfälle in Stralsund sowie im gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen für die Monate März und Oktober beizubehalten. Der Kreistag fordere den Landrat auf unverzüglich Gespräche mit den Klein-

gartenvereinen sowie Bürgern zu führen, mit dem Ziel, dass es für alle Seiten eine einvernehmliche Lösung gebe, die eine vernünftige, nach Möglichkeit kostenlose Entsorgung der nichtkompostierbaren Pflanzenabfälle ermögliche. Die Verwaltung solle sodann den Kreistag dahingehend informieren. Herr Arendt bittet um Zustimmung des Änderungsantrages.

Herr Borschke erklärt, dass es seit Jahren eine Tradition und Notwendigkeit sei, über das Jahr angefallene organische Gartenabfälle zu verbrennen. Diese Notwendigkeit könne auch nicht durch das Aufstellen der Biotonne ersetzt werden. Dazu sei das Anfallen der Abfallvolumen viel zu groß. Mit dem Verbrennen könne man einem Ausbreiten von Garten- und Pflanzenschädlingen sowie Pflanzenkrankheiten auf eine natürliche Art und Weise entgegenwirken. Ein Verbot des Verbrennens hätte weitreichende Folgen und würde in erster Linie diejenigen betreffen, die auf dem Lande leben würden bzw. einen großen Garten hätten. Für diejenigen werde es ein Problem darstellen, die notwendigen Entsorgungskosten aufzubringen. Aus seiner Sicht sei das Verbrennen eine günstige und umweltfreundliche Entsorgungsmöglichkeit. Der vorliegende Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE stelle daher einen Einschnitt in die persönlichen Freiheiten dar. Abschließend sagt Herr Borschke, dass der richtige Antrag lauten müsse: Schaffung eines rechtlichen Rahmens für das Verbrennen von organischen Abfällen.

Herr Scharmberg erklärt, dass das, was hier geregelt werden müsse, nicht Aufgabe des Kreistages sei. Vielmehr sei dies eine Aufgabe der Menschen in ihrem Verhalten untereinander. Hier seien auch die örtlichen Ordnungsämter gefordert, darauf zu achten. Weiter sagt Herr Scharmberg, dass es am besten in den Gartenanlagen funktioniere, in denen strenge Regeln vorherrschen würden. Dort solle seiner Meinung nach nicht eingeschritten werden. Daher werde die Fraktion dem Antrag der Fraktion GRÜNE nicht zustimmen.

Herr Kuhn schließt sich den Worten von Herrn Scharmberg an. Auch die CDU-Fraktion könne dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Der Landrat habe in seinen Ausführungen bei der Presseerklärung sehr deutlich gesagt, welches die Aufgabe dieser Verordnung sei. Herr Kuhn verweist weiterhin auf die Zuständigkeit der Orte, gerade im Hinblick auf die unterschiedlichen Bereiche im Landkreis. Die Bürger vor Ort und die örtlichen Ordnungsbehörden würden hier bereits tätig werden. Aus seiner Sicht sollte nichts überreguliert werden. Dem Landrat solle die Freiheit gelassen werden, die Pflanzenabfallverordnung durchzusetzen und auf die gute Arbeit der örtlichen Ordnungsbehörden vertrauen.

Herr Peters erklärt als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft, dass der Ausschuss dieses Thema über die Biotonne langfristig begleitet und am Ende befürwortet habe. Herr Peters äußert, dass er gegen diesen Antrag sei, und bedankt sich ausdrücklich beim Landrat für die Klarstellung.

Frau Latendorf geht davon aus, dass gegen den Prüfantrag erst einmal nichts einzuwenden sei, wenn man unterstelle, dass die Ausnahmen nicht bereits geprüft werden würden. Die vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen sollten vor allem unter Beachtung der Kostenfrage und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bedingungen zwischen Stadt und Land betrachtet werden. Eine flächendeckende hohe Belastung der Luft mit Feinstaub- und Rußpartikeln und einem erhöhten CO2-Ausstoß durch einzelne begrenzte Gartenfeuer könne die Fraktion DIE LINKE nicht erkennen, wenn bestehende Regeln eingehalten würden. Weiter sagt Frau Latendorf, dass es wichtig wäre, welche Möglichkeiten derzeit Ordnungsbehörden anhand dieses Geset-

zes in diesem Bereich hätten, wenn es keine örtlichen Satzungen dazu geben sollte oder diese auf der Landesverordnung beruhen würden, die in sich nicht ganz klar sei. Frau Latendorf richtet die Bitte an den Landrat, dies als Frage an das Wirtschaftsministerium weiterzuleiten. Ferner schlägt Frau Latendorf vor, den Antrag der Fraktion GRÜNE nicht abzulehnen, sondern diesen im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft zu behandeln.

Herr Dr. Kerth ist der Ansicht, dass es genug Möglichkeiten gebe, dies in der örtlichen Gemeinschaft mit dem jeweiligen Ortsrecht zu regeln. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Müller erklärt, dass es in dem Antrag nicht um ein Verbot gehe, sondern lediglich darum, zusätzliche Entsorgungsmöglichkeiten zu finden. Es gehe darum Wahlmöglichkeiten zu schaffen und eben nicht zu verbieten oder alternativlos zu sein.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet zunächst um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE, den eingebrachten Antrag der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft- und Fischerei- und Forstwirtschaft zu verweisen.

Der Kreistag lehnt den Antrag mehrheitlich mehrheitlich ab.

Weiterhin bittet Frau Kreistagspräsidentin Köster um Abstimmung über den Antrag von Herrn Arendt.

Der Kreistag lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Frau Kreistagspräsidentin Köster um Abstimmung über den Antrag der Grünen.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird aufgefordert, die Möglichkeiten zu prüfen, die:

(1) einen Ausnahmetatbestand zur Verbrennung von pflanzlichen Abfällen rechtfertigen, verringern,
(2) sowie weitere Maßnahmen, die eine Zumutbarkeit der Entsorgung erhöhen.

Die Maßnahmen sollen möglichst zur Verbrennungsphase Oktober 2017 greifen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen.

15. Mitteilungen

Mitteilungen gibt es keine.

31.03.2017 gez. Köster
Datum, Unterschrfit
Andrea Köster
Kreistagspräsidentin

31.03.2017 gez. Behm
Datum, Unterschrfit
Franziska Behm
Protokollführerin